

20.13

Abgeordneter Mag. Gerald Loacker (NEOS): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Die Inflationsraten sind hoch, und da liegt es in der Natur der Sache, dass die Arbeitnehmervertretung auch entsprechend hohe Lohnforderungen stellt, weil es darum geht, dass die Löhne und Gehälter der Mitarbeiter ihren Wert behalten. Darauf muss man aber reagieren, weil die Unternehmen unter mehrfachem Druck stehen: Sie stehen einerseits unter dem Druck der hohen Energiepreise, in Österreich stehen sie zusätzlich unter einem gewaltigen Bürokratiendruck, und jetzt kommt noch dazu, dass wir in Österreich besonders hohe Lohnnebenkosten haben. Da sind wir in der OECD auf Platz fünf, also unter den entwickelten Industrieländern im ganz vorderen Feld, was die Höhe der Lohnnebenkosten betrifft.

Druck von drei Seiten in einem internationalen Wettbewerb, und da ist die Frage: Was kann man tun? – Die Republik hat die hohen Energiepreise nicht gemacht, die Republik hat allerdings die Bürokratie gemacht und auch die hohen Lohnnebenkosten, und dort müsste man ansetzen. Unserer Meinung nach geht es darum, die Lohnnebenkosten zu senken. Das verschafft den Unternehmen die Luft, die sie brauchen, damit sie höhere Löhne zahlen können, damit sie den Gewerkschaftsforderungen begegnen können, damit am Schluss auch mehr netto übrig bleibt. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wir haben nämlich sehr viele Lohnnebenkosten, die alles Mögliche finanzieren, aber nicht die Anliegen der Arbeitnehmer. Zum Beispiel die Kammerumlage 2 an die Wirtschaftskammer – diese finanzieren wir von den Löhnen weg, sie hat aber mit den Interessen der Arbeitnehmer genau gar nichts zu tun – könnte man ersatzlos streichen, und den Arbeitnehmern würde nichts fehlen.

Wir haben viel zu hohe Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung, das würde wesentlich billiger gehen. Die Beamtenversicherung zeigt es vor: Das geht um die Hälfte.

Wir haben Wohnbauförderungsbeiträge. Warum müssen eigentlich die Arbeitnehmer mit ihren Entgelten die Wohnbauförderung zahlen, wenn auch andere Erwerbstätige oder Nichterwerbstätige aus den Mitteln der Wohnbauförderung Geld bekommen können? – Das gehört nicht auf die Löhne drauf.

Genauso gehören die Familienleistungen nicht alleine aus der Arbeitnehmerschaft heraus finanziert, sondern wenn, dann generell aus dem Budget.

Wenn wir diese Dinge, die wir jetzt vom Lohn weg finanzieren, anders finanzieren würden oder einfach streichen würden, dann bleibt auch mehr Luft für die Unternehmen, höhere Löhne zu zahlen, und darum geht es in Tagen wie diesen. Darauf zielt dieser Antrag ab. – Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

20.16

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Mag. Klaus Furlinger. – Bitte, Herr Abgeordneter.